

# Dörfer kontrollieren ihre Kneipen jetzt selbst

Zum 1. August übernehmen die Kommunen die Aufsicht über Gaststätten und Handwerker.

---

In gut zwei Wochen steht bei den Gastwirten und Handwerkern in den Dörfern nicht mehr das Landratsamt zur Kontrolle vor der Tür, sondern möglicherweise der eigene Nachbar, nämlich ein Mitarbeiter aus der Dorfverwaltung.

Sachsens Gemeinden müssen mit der Funktionalreform die Aufsicht über die Gewerbe im Ort selbst übernehmen. Bisher lag das beim Landratsamtes. Die neuen Aufgaben der Gemeinden reichen von der Kontrolle des Nichtraucherschutzes, dem Eingreifen bei Lärmbelästigung bis hin zum Widerruf einer Gaststättenerlaubnis.

Skeptiker fürchten, dass mit dieser Regelung in den Kommunen einige Konflikte aufbrechen könnten. Es werde doch kein Bürgermeister gegen einen Steuer zahlenden Gastwirt etwas unternehmen, heißt es. Schließlich sind die Menschen auf den Dörfern sehr eng miteinander verbandelt, so Horst Schild, der Sprecher des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes (Dehoga) Sachsen Regionalverband Dresden e.V.

Klipphausens Bürgermeister Gerald Mann (parteilos) ist da anderer Ansicht. „Wir sind als Kommune die Gelackmeierten, wenn es hygienische Verstöße oder andere Unregelmäßigkeiten gibt. Da würde es gleich heißen, dass die Gemeinde mit im Boot sitzt“, sagt Mann.

Auch die Gemeinde Triebischtal sieht mit den neuen Befugnissen keine Konflikte auf sich zukom-

men. „Es gilt der Gleichheitsgrundsatz. Mauscheleien sind ausgeschlossen. Wichtig ist aber, dass wir schon bei ersten Beschwerden mit den Betroffenen reden können“, sagt Hauptamtsleiter Detlef Mitscherling.

Die Gemeinde wolle zudem prüfen, ob diese neue Aufgabe eventu-

---

## Neue Aufgaben

- **Ab 1. August** müssen die Gemeinden sich um die verkehrsrechtlichen Anordnungen für die Gemeindestraße kümmern.
- **Zudem** müssen sie das Gaststättenrecht, das Reisegewerbewie das Messe-, Ausstellungs- und Marktrecht ausführen.
- **Im Landratsamt** dagegen bleibt unter anderem die Hygienekontrolle.

ell mit anderen Kommunen zusammen erledigt werden kann.

Uwe Klingor (CDU), Rathauschef in Käbschütztal, begrüßt den Entschluss, Aufgaben von der Ebene des Landratsamtes zu den Kommunen zu verlagern. Das sei prinzipiell der richtige Weg.

Skeptisch, wie sich die Praxis entwickeln könnte, zeigte sich dagegen der Niederauer Bürgermeister Manfred Schmidt (FDP). Für die neuen Funktionen müssten Mitarbeiter geschult und teilweise spezielle PC-Programme angeschafft werden. Zusätzliche Gelder gebe es dafür allerdings nicht. Besonders bei kleineren Gemeinden befürchtet Schmidt, könnte sich die Personaldecke als zu dünn erweisen. „Was passiert, wenn der Mitarbeiter für die Gewerbe-Aufsicht mal krank wird? Ersatz haben wir nicht“, sagt er. (SZ)